

Mr Halle vierteljährlich bei postmöglicher Aufstellung 2,50 M., durch die Post 3,25 M., ansehl. Aufstellungsgebühren. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen.

Im amtlichen Zeitungs-Verzeichnis unter „Saale-Zeitung“ eingetragen. Für unentgeltliche Einsendungen wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit Quellenangabe „Saale-Ztg.“ gestattet.

Herausgeber der Redaktion Nr. 114/0; der Anzeigen-Abteilung Nr. 178; der Abonnenten-Abteilung Nr. 1133.

werden die Gabelspitze Kolonelle oder deren Mann mit 30 Bfg., solche aus Halle mit 20 Bfg. berechnet und in anderen Anzeigenstellen, und allert. — Annoncen-Expositionen angenommen. Bekleben die Seite 15 Bfg. für Halle, ansonst 1 Wit.

Erscheint täglich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Redaktion und Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Str. Braunschweigstr. 17. Verlags-Geschäftsstelle: Markt 24.

Saale-Zeitung.

Eichendorferjahrstag.

Nr. 500.

Halle, Freitag, den 24. Oktober

1913.

Die badischen Landtagswahlen.

Von Dr. Ludwig Haas-Karlstraße, W. d. R.

L. C. Die badischen Landtagswahlen haben zu einer bedauerlichen Niederlage der Linken geführt. Das muß offen ausgesprochen werden. Es wird sogar im Interesse der Linken liegen, wenn das badische Volk sich über den Umfang dieser Niederlage klar ist und die Gefahr dieser Niederlage völlig überblickt. Dadurch wird der Wille ausgegüßert werden, die schlimmsten Folgen der Niederlage zu verhindern.

Die Gefahr, daß im kommenden Landtag eine Mehrheit der Rechten, bestehend aus Angehörigen des Zentrums und der konservativen Partei, herrschend sein wird, ist außerordentlich nahe gerückt. Sie kann beseitigt werden, wenn bei den Stichwahlen die im Großklub vereinigten Parteien der Linken ihre volle Kraft aufbieten. Wir haben schon im Jahre 1905 durch die Großklubpolitik eine Mehrheit der Rechten zum badischen Lande abgewandt; die Gefahr dieser Mehrheit ist heute noch größer als damals. Es ist aber möglich, diese Mehrheit wiederum zu verhindern. Die Rechte hat im ersten Wahlgang 34 Sitze erhalten; es fehlen ihr also nur noch 3 Mandate, um in den Besitz der Mehrheit zu kommen. Völlig überraschend kam die Niederlage vom 21. Oktober 1913 für den Politiker nicht, der in seine Berechnungen nicht die Wahlsiffern der Wahlen vom Jahre 1909, sondern diejenigen vom Jahre 1905 einstellte. Die Wahlen des Jahres 1909 vollzogen sich unter dem unmittelbaren Eindruck der Reichsfinanzreform. Der Unwille über jene ungerechte und wirtschaftlich schädliche Steuererhebung kam auch in den spätesten Zentrumsbestreben stark zum Ausdruck. Er vermehrte besonders die sozialdemokratischen Stimmen; es trat damals, besonders im badischen Oberlande, ein außerordentlich hartes Wachstum an sozialdemokratischen Stimmen ein.

Auch bei den Reichstagswahlen wirkte die Reichsfinanzreform nach; es war der starke Wille im Volke vorhanden, an die Stelle der alten Mehrheit eine Mehrheit der Linken im Reichstag zu setzen. Die jetzigen Landtagswahlen dagegen brauchten mehr die Wasserfälligkeit der Parteien zum Ausdruck, wie sie in normalen Zeiten innerhalb der einzelnen Wahlkreise vorhanden sind. Daß allerdings die Sozialdemokratie einen so starken Stimmerrückgang zu verzeichnen haben würde, war nicht vorauszusehen. Daraus kann aber gegen die Sozialdemokratie, auch von ihren norddeutschen Kontrollinstanzen, ein Vorwurf nicht erhoben werden. Die Zahl der Mitläufer, die durchaus nicht auf sozialdemokratischem Boden stehen, war eben im Jahre 1909 außerordentlich groß. Viel eher ist eine Unterjochung darüber gerechtfertigt, ob wir nicht ein anderes und von unserem Standpunkt aus besseres Ergebnis erreicht hätten, wenn man den Großklub schon im ersten Wahlgang abgewählt hätte. Die fortschrittliche Volkspartei hat es erreicht; der Widerstand der Sozialdemokratie hat die Großklubbildung für den ersten Wahlgang unmöglich gemacht.

Die fortschrittliche Volkspartei verliert Offenburg und Laß-Land infolge des starken sozialdemokratischen Stimmerrückgangs. Auch die Gesamtsiffern im ganzen Lande beweisen, daß die Verchiebung der Wahlergebnisse fider zum Teil darauf zurückzuführen ist, daß die sozialdemokratischen Mitläufer bei dieser Wahl nicht sozialdemokratisch gewählt haben. Die Nationalliberalen erhielten einen Stimmengewinn von 4000, die Fortschrittler von 8191 Stimmen; die Sozialdemokratie verlor 11 440 Stimmen; das Zentrum aber hat einen Stimmengewinn von über 20 000, die konservativen Stimmengruppe vermehrte sich um 3439.

Für die Linke wurden insgesamt rund 185 000 und für die Rechte 146 500 Stimmen abgegeben. Die Mehrheit der badischen Bevölkerung steht also links; wenn trotzdem die Gefahr einer Mehrheit der Rechten entstehen kann, so beweist das, wie gerechtfertigt die Forderung nach der Einführung des Proporzwahlrechts in Baden ist. So schmerzhaft von der fortschrittlichen Volkspartei der Verlust von Offenburg und Laß-Land empfunden wird, zumal da wir unsere Mäler, der ein langes Leben schwerer Arbeit seiner demokratischen Veberragung gemüdet hat, aus dem Landtage vertrieben, so ist für uns zu irgenwelcher Verzweiflung kein Anlaß. Wir verlieren allerdings auch Rastatt durch die Disziplinlosigkeit der Rastatter Nationalliberalen, die ihre lokale Verärgerung über das große gemeinsame Landesinteresse und über die gemeinsamen Interessen des Oberlandes stellten. Andere Organisationen im Lande aber, die in den letzten Jahren immer mehr ausgebaut wurden, haben sich im Wahlkampf gut bewährt; unser Stimmengewinn ist außerordentlich stark. Wenn wir auch im Endergebnis Mandatsverluste zu verzeichnen haben, so hat der Wahlkampf doch gezeigt, daß die fortschrittliche Bewegung im Lande nicht stillsteht, sondern sich in einer erfreulichen Entwicklung befindet. Die fortschrittliche Volkspartei im Lande Baden steht aber in dieser ersten Zeit, in der die jahrzehntelange liberale Tradition im Lande Baden gefährdet ist, nicht in erster Linie auf die eigenen Mandatsziffern. Jetzt handelt es sich darum, die kleineren Partei-

interessen zurückzustellen und in großzügiger Weise, nur geteilt von dem Gedanken an den spätesten Erfolg für die gesamte Linke, den Großklub herzustellen, um mindestens bei den Stichwahlen eine Mehrheit der Rechten zu verhindern. Das badische Volk hat bei den Wahlen des Jahres 1905 gezeigt, daß es, wenn die Gefahr dieser Mehrheitsbildung vorhanden ist, seine ganze Kraft aufbietet, um sie zu verhindern. Das badische Volk wird jetzt zu entscheidenden haben, ob es eine völlige Wenderung der politischen Richtung und den Bruch mit der alten liberalen Tradition wirklich verlangt. Von der Linken aber wird nochmals alle Kraft aufgebracht werden müssen, um auf die unendliche Bedeutung dieser Entscheidung hinzuweisen.

Kaiser Wilhelm in Oesterreich.

Oesterreichs Stellung im Dreibund.

Die Anwesenheit Kaiser Wilhelms in Konopischt gibt dem offiziellen Wiener Fremdenblatt Anlaß zu einem Besprechungartikel, in dem an die Leipziger Feier und die frühere Waffenbrüderschaft angeknüpft und betont wird, daß das persönliche Freundschaftsverhältnis des Kaisers zu dem österreichischen Thronfolger auch den Gefühlen der Bevölkerung in Oesterreich und Deutschland entspricht. Weiter heißt es dann in dem offiziellen Blatte:

„Seit Kaiser Wilhelm das letzte Mal in Oesterreich weilte, sind schwere Stürme über Europa hinweggegangen. Daß die wirbelnden Funken nicht zündeten, daß Europa der große Weltbrand erspart blieb, ist in nicht geringem Grade der Erfolg des Dreibundes, seines Friedenswillens und seiner friedvereharlichen Kraft. Gerade in den Zeiten der Krise ist der Dreibund erneuert worden; noch vor dem vertragsmäßigen Termin legten die drei Alliierten das verzugsmäßige Bekenntnis über dauernden Gemeinsinn, Einigkeit und Freundschaft ab und rüsteten damit neuerlich ein festes Bollwerk des europäischen Friedens auf. Denn mit in den vorausgegangenen Jahrzehnten des Bestandes der Allianz hat auch in den verflochtenen Monaten, welche so oft die Gefahr europäischer Verwicklungen in die Nähe rücken, das einige Vorgehen der Dreibundmächte diese Gefahr beschworen. Erst bei dem jüngsten Anlaß wieder, als Oesterreich-Ungarn wegen der Räumung Mannens seitens der serbischen Truppen in Belgrad Schritte unternahm, um so die Möglichkeit von Verletzungen und dem europäischen Frieden abträglichen Kontroversen rasch zu beseitigen, fand es hierbei die rückhaltlose Unterstützung seiner beiden Verbündeten. Das Bündnis, das jetzt wieder in dem Besuche Kaiser Wilhelms bei seinem Freunde Erzherzog Franz Ferdinand in äußere Erscheinung tritt, hat nicht nur für die Verbündeten selbst, sondern auch für Gesamturopa sich von realem Vorteil erwiesen, wie einst vor hundert Jahren die Armeen Oesterreichs und Preußens nicht nur die beiden Reiche, sondern auch Europa betreuen halfen.

In dieser Erkenntnis wurde die Freundschaft zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn, nachdem sie in der langen Zeit ihres Bestehens bereits zu einer herzlichen Tradition für die Völker beider Reiche geworden, neu befestigt und neu gestärkt in den Berechnungen der Staatsmänner wie in den Gefühlen der Bevölkerung. Die Zusammenkunft Kaiser Wilhelms mit Erzherzog Franz Ferdinand ist unter diesen Gesichtspunkten nicht nur ein neuerlicher Beweis der herzlichen persönlichen Beziehungen zwischen dem Deutschen Kaiser und dem Erzherzog-Thronfolger, sondern auch eine von der aufrichtigen Anteilnahme der Bevölkerung begleitete politische Umgebung des besten unerfütterlichen Zusammenhaltes zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn.“

Die Ereignisse der letzten Jahre haben Oesterreich und Italien, die die irreverenteste Agitation zeitweise stark entfremdet, den vollen Wert des Dreibundes erkennen lassen. Das ist immerhin ein erfreuliches Ergebnis der Balkanwirren.

Konopischt, 23. Okt. In den Zimmern des Kaisers wurde der Tee eingenommen. Um 8 Uhr abends fand im großen Speisesaale des Schlosses ein Diner zu 26 Gedecken statt. Nach demessen konzertierte während des Cercles im Ritter-saale eine Marinetapele aus Pola.

Der neue Krupp-Prozess.

(Fortsetzung.)

Berlin, 23. Oktober.

Die Vernehmung des Angeklagten Brandt wird fortgesetzt. Vorsitzender: Warum wollten Sie die Berichterstattung nicht weiter machen? — Angekl. Brandt: Weil sie sehr viel Arbeit machte und ich außerordentlich nervös wurde. Es wurde mir gesagt, es bliebe auch bezüglich meines Gehalts alles beim Alten, wenn die Berichterstattung auch fortsetze. — Vorsitzender: Sagte Direktor Muehlen, daß Sie Ihre Stellung verlieren würden, wenn Sie etwa über die Grenze des Erlaubten hinausgehen würden? (Ja wohl.) Sollten Sie den Verker allemal abbrechen? (Ja wohl.) Die Funktionenfrage sollten Sie so lange behalten, wie der Verker dauere? (Ja wohl.) Schieden Sie in Freundschaft von Herrn von Mehen oder blieb ein Mißtrauen zurück? — Angekl. Brandt: Es blieb alles beim Alten. Die Frage der Gehaltszulage war schon vorher erledigt. — Vorsitzender: Wurden Abschriften von den Korrespondenzen auch während der Reise des Herrn von Mehen nach Italien hergeleitet? — Angekl. Brandt: Ja wohl, etwa sechzig bis sechzig, vom

12. Mai bis Mitte Juli. Diese wurden für Herrn von Mehen bis zur Rückkehr reserviert.

Eine Zusammenstellung dieser mit den vorhandenen Korrespondenzen vorgelegt worden sind, ergibt eine übersichtliche Aufzählung der Abschriften. Die ersten Abschriften hat Herr von Mehen also mit in seine Wohnung nach Schlachtenfenne genommen. Haben Sie ihn auch dort besucht? — Angekl. Brandt: Ja wohl, er hat mich telephonisch, zu ihm zu kommen, als er angeblich frankreich-halter im Bureau nicht mehr erschien. Als ich bei ihm war, kam heraus, daß Herr von Mehen nicht mehr Dienst tue, daß er in Differenzen geraten sei, die vielleicht noch zu einem Prozesse führen würden. Er sagte mir, er habe

kein Material in Sicherheit

gebracht an eine Stelle, wo es nicht zu erreichen sei. Bei dem Prozesse werde auch meine Sache zur Sprache kommen.

Der Vorsitzende bringt darauf einen Bericht der Essener Direktion zur Verlesung, aus dem hervorgeht, daß alles, was an Vernehmung erinnern könnte, nach wie vor zu vermerken sei, die Vernehmungen einzuschreiben seien und daß ein bedenklicher Verker sofort abzubrechen sei. Alles, was eine falsche Auffassung hervorgerufen könnte, sollte vermieden werden und bei Verlesung der Geschäftsleute sollte diese Bitte nicht mehr von Brandt ausgeführt werden. Vorsitzender zum Angeklagten Brandt: Haben Sie von Direktor Dreger den

Auftrag zur Vernichtung der Abschriften

erhalten? — Angekl. Brandt: Ja. — Vorsitzender: Hat Direktor Dreger Ihnen angedeutet, daß diese Abschriften sonst eventuell in einem gerichtlichen Verfahren eine Rolle spielen könnten? — Angekl. Brandt: Nein. Direktor Dreger äußerte sich mit keinem Wort zur Sache. Ich war der Ansicht, die Abschriften sollten vernichtet werden, damit sie nicht in falsche Hände gerieten. Ich hatte gar nicht das Gefühl, daß Vernehmungen entstehen könnten. — Vorsitzender: Wenn Sie gewiß hätten, daß ein gerichtliches Verfahren kommen würde, hätten Sie dann diese Abschriften sofort vernichtet. — Angekl. Brandt: Ganz gewiß, aber dieser Gedanke kam mir nicht in den Sinn. — Vorsitzender: Welchen Einfluß übten Ihre Berichte in Essen aus, haben Sie die Preisfestsetzung beeinflusst? — Angekl. Brandt: Ich habe die Sachen genau verfolgt und festgestellt, daß die

Preise infolge meiner Berichte in vielen Fällen herabgesetzt

doch in keinem Falle heraufgesetzt worden sind. — R.-M. Dr. Löwenstein: Hat Herr von Mehen vor seiner Rückkehr aus Italien, also während einer zweijährigen Berliner Tätigkeit, dem Angeklagten Brandt Anweisungen gemacht, daß er den Verker mit Militärbeamten nicht billige und dieser Verker sich nicht gehöre? — Angekl. Brandt: Von Mehen war damit vollständig einverstanden. — R.-M. Dr. Löwenstein: Hat Herr von Mehen auch seiner Rückkehr aus Italien, nachdem inzwischen andere Momente hinzuge treten waren, dem Angeklagten das Herz schwer gemacht und ihn darauf hingewiesen, daß die von ihm angewandten Mittel zur Erlangung von Nachrichten ungehörig seien? — Angekl. Brandt: Als von Mehen zurückgekehrt war, äußerte er sich abfällig und meinte,

es gehöre sich nicht, daß Krupp sich solcher Mittel bediene.

von Mehen deutete mir an, daß es gut wäre, wenn ich die Berichterstattung einstellen und ich hatte das Gefühl, daß er einen solchen Schritt sehr begrüßen würde.

Es werden nun eingehend die

Gehaltsverhältnisse Brandts

befprochen. Brandt bezog 1904 als Sekretär von der Firma Krupp ein Gehalt von 4320 Mark, das ein Jahr später auf 5000 Mark erhöht wurde. Nach seiner im Jahre 1906 erfolgten Heberhebung nach Berlin erhielt Brandt 5200 Mark und 300 Mark Wohnungszulage. Zur Beschaffung von Nachrichten stellte ihm die Firma keinen Betrag zur Verfügung. Diese Zulagen liquidierte Brandt bei Herrn von Schütz, dem zu diesem Zwecke von Mehen

ein Dispositionsfonds

zur Verfügung gestellt wurde. Dieser Dispositionsfonds wurde 1906 auf 2000 Mark festgesetzt und war ein halbes Jahr später verbraucht, worauf er in gleicher Höhe wieder erneuert wurde. Ebenfalls im Jahre 1906 beantragte Herr von Schütz in Essen für Brandt mit Rücksicht auf seine erloschene Tätigkeit eine Extragrattifikation von 600 Mark. In dem Begründungsschreiben betonte von Schütz, Brandt wende zur Erlangung seiner Auskünfte keine illegalen Mittel an und müsse infolgedessen überhältnismäßig viel Zeit und Mühe aufwenden, um seiner Aufgabe gerecht zu werden. Die Firma wies darauf für Brandt 1000 Mark an. 1907 beantragte Herr von Schütz für Brandt eine Gehaltszulage von 1000 Mark. Dieses Ansuchen lehnte die Firma inessen ab. — Oberstaatsanwalt weist darauf hin, daß Brandt in der Zeit vom 8. Oktober bis zum 26. April

aus dem Dispositionsfonds 2700 Mark

ausgegeben worden seien. Wie erklärt sich angesichts der Behandlung Brandts, daß er für die Zeugnisaufnahme nur einige hundert Mark ausgeben habe, die Höhe dieser Summe? — Angekl. Brandt: Ich hatte in dieser Zeit sehr große Ausgaben. Meine Berliner Wohnung war erheblich größer als meine Essener und ich mußte mich infolgedessen teilweise neu einrichten, was natürlich mit großen Kosten verbunden war. Dann war auch der ganze Lebensunterhalt vollständig geworden. Herr von Schütz hat mir gestattet, einen Teil dieser Mehraufwendungen zu liquidieren und daraus erklärt für die schnelle Verbrauch des Dispositionsfonds.

Am Jahre 1909 schloß Brandt mit der Firma einen neuen fünfjährigen Kontrakt ab, durch den sein Gehalt unter Befehl des bisher gezeigten Wohnungsgeldzuschusses auf 6500 Mark festgelegt wurde. Gleichzeitig wurde die Hauptkasse in Essen angewiesen, Brandt für die Dauer dieses Vertrages eine

#### Jährliche Funktionszulage von 3500 Mark

zu bezahlen. Vorländer: Es liegt ein Brief hier vor, daß Ihnen noch weitere Summendenungen gehen sollten. Danach haben Sie einmal 1000 Mark und außerdem das Doppelte bekommen. — Angekl. Brandt: Das haben alle Beamte bekommen. — Vorländer: Wofür haben Sie dann am 14. Dezember 1910 eine Gratifikation von 2000 Mark bekommen? — Angekl. Brandt: Das war als

#### Notgroßchen

gedacht. — Vorländer: Kommen nur Sie in Betracht, oder noch meine Beamten? — Angekl. Brandt: Gensubere haben es bekommen, allerdings nicht alle. — Vorländer: Dann ist Ihnen in Ermahnung meinerseits besonderer Dienste für zehn Jahre eine Zulage von tausend Mark bewilligt worden unter gewissen Bedingungen. Sind dieser Bewilligung irgendwelche Unterredungen voraus? — Angekl. Brandt: Ich habe mit Herrn von Wehen gesprochen, ich sei sehr neugierig und müßte vielleicht vor der Zeit meinen Dienst aufgeben. Daß ich mit meinem Gehalt nicht auskomme, habe ich nicht gelogt, ich wollte nur für die Zukunft gefürchtet sein. — Vorländer: Mitte 1912 wurde Ihr Gehalt auf 7000 Mark angehoben. Ein Vorbehalt auf den bewußten Betrag von 3500 Mark, den Sie zu einem Erholungsurlaub haben wollten, wurde Ihnen abgelehnt. — Angekl. Brandt: Hätte ich dieses bewußte Gehalt erhalten würde, dann hätte ich nicht geschrieben. — Vorländer: Können Sie Ihre Ausgaben an Wohnung, Geheften usw. angeben? — Angekl. Brandt: Das ist schwer möglich. Mitte 1920 Mark für ein besseres Dienstzimmer 800 bis 900 Mark, Kleidung 500 bis 600 Mark, Pensionstafel drei Prozent des Gehalts, Militärversicherung für meinen Sohn, Haftpflichtversicherung, Diebstahl- und Lebensversicherung kommt dann hinzu. Die Aufwendungen für Stelligkeit kann ich nicht berechnen. 1909 habe ich mir die Villa gebaut, meine beiden Grundstücke kosteten 10 000 Mark. Der Bau kostete mich 33 bis 34 000 Mark, von denen mir von einer Baufirma 25 000 Mark als Hypothek gegeben wurden. Größere Ausgaben entfielen mir durch verschiedene Krankheiten. — Vorländer: Sie haben einmal gelogt,

Sie rechnen damit, einmal befristet werden zu können.

— Angekl. Brandt: Dieser Gehalts hat ich einmal bekommen. Bei meiner Bemerkung habe ich alles grau in grau gesehen, deshalb war ich außerordentlich beunruhigt. — Vorländer: Haben Sie mit Herrn Eccius über die Korruption gesprochen? — Angekl. Brandt: Ja, aber niemals über ihr Zustandeommen. — R. M. Dr. Löwenstein: Hat Herr Brandt neben den Angeklagten aus dem Militärstrafverfahren nicht auch noch anderen guten Freunden und Bekannten Darlehen gegeben? Es wird festgestellt, daß eine Reihe Personen kleinere Beträge von ihm erhalten haben.

R. M. Dr. Löwenstein: Ich möchte Herrn Brandt fragen, ob er der Ansicht gewesen ist, daß er auf Grund der Dienstordnung berechtigt gewesen ist, die Presse bei den Ausstellungen in Erfahrung zu bringen. — Angekl. Brandt: Großenenteils ja. Die Aufzählungsmethoden gingen direkt nach Essen, so daß ich keine Kenntnis davon haben konnte, ob es sich um eine freundschaftliche Vergütung oder um eine Aufschreibung handelte. Die Angebote der Firma hingegen gingen stets durch die Berliner Vertretung. — R. M. Dr. Löwenstein: Bedeutungslos ist in dieser Hinsicht, daß es auf

#### Die subjektive Anschauung des Angeklagten

in diesem Falle ankommt. — Oberstaatsanwalt: Es ist besser, darüber zunächst das Urteil der Sachverständigen zu hören, auch besteht hier ein Widerspruch zu früheren Aussagen. Damit ist die Vernehmung des Angeklagten beendet. Auftrag von Gordon wird direkt bringen, heute nicht mehr in die Vernehmung des Angeklagten Eccius einzutreten. Diese wird darauf am morgen vormittag neun Uhr verlagert. Schluß 3 Uhr 30 Minuten.

Berlin, 24. Oktober.

Der Vorliegende eröffnete kurz nach 9 Uhr die Verhandlung und teilt mit, daß er voraussichtlich morgen mit der Zeugenvernehmung beginnen werde. Zunächst sollen die Direktoren der Firma Krupp vernommen werden.

Dann gibt Verteidiger Rechtsanwalt Dr. Löwenstein eine Aufstellung der Jahresausgaben des Angeklagten Brandt. Danach habe ihm für seinen Verkehr mit ehemaligen Kameraden nur eine Summe von 400 Mark zur Verfügung gestanden. Der Oberstaatsanwalt weist darauf hin, daß es die Sache der Staatsanwaltschaft nicht sei, sich in den Haushalt des Herrn Brandt einzumischen. Es frage sich nur, ob die Repräsentationsgelder dazu geeignet waren, einen angenehmen Hausstand

#### einen angenehmen Hausstand

führen konnte, oder ob sie ihm den Verkehr mit Kameraden ermöglichen sollten.

Rechtsanwalt Dr. Löwenstein: Für die Verteidigung ist es aber von Wert, festzustellen zu haben, was auf den Verkehr mit Kameraden entfallen konnte. Dann möchte ich, daß Brandt sich noch darüber äußert, ob das Nachrichtensammelnde seine einzige Beschäftigung gewesen ist. Der Angeklagte Brandt gibt darauf ein Bild seiner Tätigkeit und erklärt, daß er hauptsächlich Bureauvorsteher gewesen sei, die Verteilung der Eingänge hatte und zum Teil Besuche empfing. Alles andere mußte von ihm außerhalb der Dienststunden besorgt werden.

#### Abstand wird in die

Vernehmung des angeklagten Direktors Eccius eingetreten. Dieser erklärt: Ich habe selbstverständlich meiner Firma gegenüber die volle Verantwortung für das, was geschieden ist, übernommen. Bald nachdem die Angelegenheit in Fluß gekommen war, habe ich beim Aufsichtsrat der Firma Krupp ein Demissionsgesuch eingereicht, das indessen abgelehnt wurde, worauf ich meinen Dienst in der bisherigen Weise weiter versehen habe. Eccius schiedert dann eingehend seinen Werdegang bei der Firma Krupp und führt aus: Ich trat bei der Firma im Jahre 1897 ein, wurde schließlich in das Direktorium berufen und erhielt u. a. auch das Dezernat für die Preisfestsetzungsbureaus für inländisches und ausländisches Kriegsmaterial. Wegen des großen Umfanges der Geschäfte mußte ich vieles meinen Mitarbeitern überlassen, namentlich auch während umfangreicher Auslandsreisen. Das Dezernat über das Berliner Bureau wurde mir übertragen, als ich mich nach langer und

schwerer Krankheit im Süden befand. Da meine Hauptaufgabe das ausländische Kriegsmaterial betraf, so konnte ich mich um das inländische Geschäft so gut wie gar nicht kümmern. Das Berliner Bureau sollte den Geschäftsgang erleichtern und unterstützen.

#### Die Einführung der österreichischen Wehrpflichtigen.

Ueber die letzte Sitzung des Subkomitees des österreichischen Abgeordnetenhauses, das sich mit der Auswanderung der Angehörigen beschäftigt, verläutet folgendes:

Der Landesvertheidigungsminister Georgi und der Referent des Kriegsministeriums für die Angelegenheiten der Fahnenflucht, Afsentierung und Auswanderung, Generalmajor Chap, gab das Resultat der amtlichen Erhebungen über den Umfang der Auswanderung fahnenflüchtiger bekannt, das als streng vertraulich bezeichnet wurde. Es ergab sich, daß die Auswanderung aus Ungarn wesentlich höher als aus Österreich sich stellte, daß Dalmatien den größten, Niederösterreich den geringsten Prozentatz fehlender Stellungs-pflichtiger habe. Hinter Dalmatien rangieren Galizien und die Bukowina. Sehr unbefriedigend waren auch die Mitteilungen über den Prozentatz in Auslands lebender Stellungs-pflichtiger, die sich bei den betreffenden Komitaten zu stellen haben. Der Landesvertheidigungsminister erklärte, als Maßstab für die Berechnung der Stellungs-pflichtigen die Geburtsmatrikel der Heimatgemeinde verwendet. Wandert also eine Familie mit mehreren Kindern aus, so werden sämtliche Anaben, die sich nicht zur Afsentierung stellen, in die Riste der Fahnenflüchtigen aufgenommen, wobei nicht darauf Rücksicht genommen wird, ob sie das stellungs-pflichtige Alter erleben. Amtliche Todesanzeigen laufen nur in vereinzelt Fällen ein.

Abgeordneter Kallischer stellte fest, daß sich demnach der tatsächliche Schwand für die Wehrmacht wesentlich geringer stellt als der von den militärischen Regierungsvertretern angegebene. Das Hifenmaterial umfaßt die Jahre 1901 und 1912, immer von August zu August. Die Prozentverhältnisse der auswandernden Stellungs-pflichtigen haben zur Gesamtheit der Ausgewanderten nicht in freiem Widerspruch; nur das letzte Jahr zeigt bedeutende Steigerungen. Das vorliegende Hifenmaterial wurde von den Komiteemitgliedern sorgfältig beurteilt. Auch bezüglich des Verhältnisses der Schiffahrts-gesellschaften bestand keine einseitige Meinung, da der Hinweis darauf, daß die einzelnen Gesellschaften in Ungarn nicht konzessioniert sind und Ungarn dennoch höhere Ziffern ausweist, trotzdem es dünner bevölkert ist, dinstenbe Überlegung fand.

## Deutsches Reich.

#### Die Rebhagener in Oldenburg.

Der oldenburgische Landtag wird am 4. November zusammenzutreten. Die ersten Vorlesungen ihm sein jetzt ausgegangen. Sie bringen außer dem Hauptantrag und dem Ratenschluß zu der Zentralkasse einige Gegenstände von weiterem Interesse. Eine der Vorlagen enthält die lang erwartete Novelle zum Einkommensteuergesetz, und mit ihr soll als vornehmliche Neuerung der Rebhagenschlag eingeführt werden. Es sollen erhoben werden bei 2000 bis 3000 Mk. Einkommen 20 Proz., bei 3000 bis 4000 Mk. 25 Proz., bei 4000 bis 5000 Mk. 30 Proz., bei 5000 bis 6000 Mk. 35 Proz. und bei Einkommen mit mehr als 6000 Mk. 40 Proz. Zuschlag zur Einkommensteuer, jedoch mit der Maßgabe, daß dieser Zuschlag 4000 Mk. nicht überschreiten darf. Bei der Verteilung der öffentlichen Lasten nach Maßgabe der direkten Staatssteuern ist die erhöhte Steuer in Anbetracht zu bringen.

#### Kontre-Admiral Gouzon.

Triest, 24. Oktober.

Der neuernannte Chef der deutschen Mittelmeerflotte, Kontre-Admiral Gouzon, ist hier eingetroffen und hat sich an Bord des „Goeben“ eingeschifft. Diese ist gestern abend in der Richtung auf Korfu in See gegangen.

Beschluß des Staatsministeriums über die Landtags-einberufung. Das Staatsministerium hat sich, wie obige gemeldet wird, nunmehr dahin schlichtig gemacht, der Krone in Voranschlag zu bringen, den Landtag am 4. November in a c h t e n zusammenzutreten zu lassen. Wünschenswert für diese Entscheidung ist gewesen, daß der Staatsratsbesatz vor Neujahr nicht zur Vorlage gebracht werden kann.

Ueber den Antrag Preußens in der braunschweigischen Frage wird der Bundesrat am nächsten Montag Beschluß fassen.

Wahlergebnis. Bei der Reichstagswahl am dritten obernächstigen Wahlkreise Neumarkt für den verstorbenen Reichstagsabgeordneten Kohl erhielten Ledebor (Ztr.) 11 640 Stimmen, Dollinger (lib. und Bauernbund) 1000 und Trummert (Soz.) 527 Stimmen.

Bei der Hauptwahl im Januar 1912 erhielt der kürzlich verlorene Zentrumskandidat, Domkapitular Anton Kohl, von 15 904 abgegebenen Stimmen 13 740, während auf den Nationalliberalen 1435, den Sozialdemokraten 661 und Reichsparteiler 28 Stimmen entfielen. Der Kreis ist seit Errichtung des Deutschen Reiches höherer Zentrumsbereich.

#### Parteinachrichten.

##### Graf Oppersdorff gegen die Köhner.

Graf Oppersdorff hat jetzt gegen seine „Köhner“ Wider-lager einen gerichtlichen Erfolg erzielt. Die Köhner Straf-kammer verhandelte gestern in einem Privattelegramm die Privatklage des Reichsgrafen Hans v. Oppersdorff in Berlin gegen den Redakteur der „Kölnischen Volkszeitung“ Ernst Heinrich Köhner. Das Schöffengericht hatte das Verfahren wegen Verjährung eingestellt. Es handelt sich um Artikel, die der Redakteur aus anderen Blättern übernommen hatte und worin Wunden gebraucht waren wie „Schmabton Oppersdorff“, „frenschafte Quertreiber“ usw. Die Straf-kammer erkannte auf eine Geldstrafe von 150 Mk. Die Annahme einer Verjährung sei nicht richtig. Der § 193 (Wahrung berechtigter Interessen) könne nicht Platz greifen, weil nach der bekannten Reichsgerichtspraxis die Verjährung für den Fall gegeben sei.

Sanktawoche 1913. Die diesjährige Sanktawoche beginnt am Mittwoch, den 5. November, mit einer Sitzung des Vorstandes der Submissionszentrale, welche sich vor allem mit

dem Stand der Beratungen in der Reichstagskommission für das Verbindungswesen und den Aufgaben des Reichs-Submissionsamtes beschäftigt wird. Außerdem findet eine Tagung des Angelegtenauschusses statt, welcher solche des Einzelhandelsauschusses, des Industriekongresses und des Handwerkskongresses folgen. Der Handwerkskongress tritt am Freitag, den 7. November, zusammen. Auf seiner Tagesordnung stehen u. a.: „Das neue Kartell der schaffenden Stände“, die Frage des preußischen Wahlrechts, das Ergebnis einer Rundfrage über Zucht- und Gefängnisarbeit, Fortbildungsschulen, Kreditbeschaffung und Buchführungsreform für das Handwerk, Vertretung des Handwerks im wirtschaftlichen Ausfluß. Für die Tagung des Industriekongresses ist Sonnabend, den 8. November, vorgelesen. Auf der Tagesordnung steht u. a. ein Referat des Mitgliedes des Direktories des Handelsbundes Dr. Streleman über die Streitzentrale und die Gehegung. Der Geschäftsführer des Handelsbundes Dr. Kleefel referiert über die Verhältnisse des Einflusses von Industrie, Handel und Gewerbe im Reichstag.

Ein Polenkongress, an dem sich Polen aus Rheinland und Westfalen beteiligen werden, findet am 1. November in Holland statt. Das Programm lautet: „Unser Verein und seine Arbeiten. Unsere Arbeit für die Jugend. Die Rolle der weiblichen Frau in der nationalen Arbeit. Die Seelorge im Rheinland und in Westfalen“. Dr. v. Kluge, Dr. v. Schöberl und andere aus Kofen Geladene werden Redner sein. Die Polenkongressen des Rheinlandes und Westfalens werden immer mehr zu einem Sammelplatz antideutscher Bestrebungen unter religiöser Maske. Ein Folge unserer Polenpolitik im Osten!

## Ausland.

#### Vom Balkan.

In Athen ist der Unterausschuß der Friedenskonferenz, in der Vorkaufung zu einer vollen Einigung gelangt.

Die serbischen Truppen verlassen das Dumagebiet. Die serbische Regierung hat angeordnet, daß auch die serbischen Zivilbehörden das Dumagebiet räumen sollen, um ihre einmündige Haltung in der albanischen Frage zu dokumentieren, erwartet jedoch, daß bei der Grenzregulierung einige für die Sicherheit Serbiens notwendige strategische Punkte nicht an Albanien, sondern an Serbien fallen.

#### Das Grenzfort Bogdärli.

solte, ebenso wie alle Forts an der bulgarischen Grenze, nach dem Bulgarienvertrag an Serbien fallen. Trotzdem behaupten die Bulgaren das Fort Bogdärli und begannen, dieselbst Befestigungen zu bauen und Vorkehrungen aufzunehmen. Durch Vermittelung der russischen Gesandtschaft in Belgrad eruchte die serbische Regierung die bulgarische, die bulgarischen Soldaten zu befehlen, sich aus dem Fort zurückzuziehen, da dieses nicht bulgarisch, sondern serbisch gehöre. Die serbischen Militärbehörden verlangen direkt die Räumung des Forts. Trotzdem eröffnen die Bulgaren, als ein serbischer Offizier mit einer Patrouille in der Nähe des Forts vorkam, das Feuer gegen ihn. Nach kurzem Geleht wurden die Bulgaren dann aus dem Fort vertrieben.

#### Protest Frankreichs in Mexiko.

Der französische Botschafter in Mexiko hat einen scharfen Protest der französischen Regierung eingereicht gegen die beabsichtigte Erhöhung der Zölle auf alle fremden Produkte in Höhe von 50 Proz.

#### Ruhe in Portugal.

Wie aus Oporto gemeldet wird, ist die Ruhe in Portugal wiederhergestellt. Graf Manquedel, der als Führer der Monarchisten im Norden des Landes gilt, ist verhaftet worden.

Die Ruhe im ganzen Norden von Portugal hält an. Die Polizei hat in der Stadt Oporto und in der Umgebung zahlreiche Monarchisten verhaftet. Auch Waffen sind beschlagnahmt worden.

Die Schwierigkeiten in den Verhandlungen zwischen Frankreich und der Türkei haben sich bisher nicht beseitigen lassen. Insbesondere ist die Frage des Baues einer irischen Eisenbahn noch nicht geregelt, die schon früher einen Streitpunkt zwischen Frankreich und der Türkei bildete. Die Entscheidung dieser Frage dürfte sich noch um Wochen verzögern.

## Gerichtsverhandlungen.

#### Kriegsgericht.

Halle, 23. Oktober.

#### Saltlose Anlage.

Der Leutnant der Landwehr Karl E. aus dem hiesigen Landwehrbataillon war wegen Achtungsverletzung angeklagt. Die Verhandlung fand wegen Gefährdung militärischer Interessen unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt. Auch die Anlage wurde nicht öffentlich verlesen. Es hat früher beim Feldartillerieregiment Nr. 19 gelehrt. Aus dem Zeugnis seiner Führung als Reserve- und Landwehroffizier wurde u. a. bekannt gegeben, daß er in Kameradenkreisen sehr beliebt sei. Er soll bei einer Diensthandlung vor verammelter Mannschaft sich unehrenhaft gegen seinen damaligen Vorgesetzten Freyherrn Speck von Sternberg benommen und ihm nicht die notwendige Ehrenbezeugung erwiesen haben. Die Bemerkungen, die der außer dem Freyherrn noch sechs weitere Offiziere als Zeugen geladen waren, gestakete sich ziemlich launenhaft. Der Ergebnisse war, daß E. von der Anlage der Achtungsverletzung vor verammelter Mannschaft freigesprochen wurde. In der Urteilsverhandlung wurde ausgeführt: Der Angeklagte sei bei dem zur Anlage stehenden Vorfalle sehr erregt gewesen und habe sich über eine militärische Maßnahme herztig laut geäußert, daß andere es hätten können. Das Gericht habe aber den Begriff des ver-

#### Asthmatiker wie neugeboren.

Dies die Worte des Herrn Adam Maragraf I. Gebele, Tuhr. Ich fühle mich neugeboren, den lebenden Angerinnungen eine neue hinzuzufügen. Ich muß gelachen, daß die Wirkung von Wilhelm-Bismarck-Wasser eine sofortige war, wie ich das Pulver angetrocknet hatte, war es gerade, als wenn sich die Brust erweiterte. Ich fühle mich wie neugeboren. Die Flasche Wilhelm-Bismarck-Wasser ist in der Apotheke, Hauptdepot: Engel-Straße, Halle a. M.



# Morgen Sonnabend Eröffnung des Wiener Central-Frisier-Salons.

Inhaber: **Gothhart & Briest**

Beide Inhaber früher im Hause ERNST ROSA.

**Grosse Ulrichstrasse 28 :: Telephon 1800.**

Spezialisten für Gesellschafts-, Theater- und Ballfrisuren.

Wilhelm Ender,  
Kräuter-Spezial-Geschäft,  
L.-Wucherstr. 31.

**Sport-Artikel**  
für  
Fußball-, Tennis-, Hockey-Spieler,  
Radfahrer, Kletterer, Turner  
sowie für  
Leichtathletik u. Touristik  
empfiehlt  
in großer Auswahl sehr preiswert  
**H. Schnee Nachf.,**  
A. & F. Ebermann,  
Halle a. S. Gr. Steinstr. 84.

Sehr hübsche  
**Schlafzimmer**  
in allen Holzarten  
besonders billig.  
**G. Schable, Möbel-**  
Fabrik  
Ulter Markt 1.

Rein's  
Durchschreib-  
Bücher.  
Eduard Rein Chemnitz.  
Rein's Farbpapier.

40jähriger Erfolg!  
**Eau de Lys**  
entfernt alle  
Unreinheiten  
der Haut, ver-  
leiht ihr ein  
jugendlich  
frisches Aus-  
sehen u. be-  
seitigt  
schneller als  
andere Mittel  
Gesichtsfalten, Runzeln,  
Sommersprossen, Rötten und  
grane Haut. à Fl. Mk. 1.—.  
Oscar Ballin sen. u. Jun.,  
Parf., Leipzigerstr. 91 u. 93.

Entworfene anseherige  
**Korsetts**  
von 1.00—8.00 Mk. empfiehlt  
H. Schnee Nachf., Gr. Steinstr. 84.

**Brennscheren**  
zum Wälen u. Kruppen  
sehr preiswert.  
**G. F. Ritter,**  
Leipzigerstr. 90.

Ueber vollständige Heilung  
dieser seit 16 Jahren bestehenden  
skroph. Ekzema's durch Ihre be-  
kannnte Rino-Salbe, Rino-Tea, Rino-  
Seife kann ich Ihnen berichten. Ich  
erachte nicht anzuheben, wenn ich behaupten  
dass es gegen Ekzema keine bessere  
Heilung geben kann, als Rino-  
Salbe. Mit dieser Versicherung  
erhoffe ich mich besten Dankens  
zu empfangen.  
C. St.  
Rino-Salbe wird mit Erfolg gegen  
Schleiden, Flechten und Haut-  
leiden angewandt und ist zu Dosen  
à Mk. 1.15 und Mk. 2.25 in den  
Apotheken vorrätig; aber nur durch  
in Originalpackung weiß präpariert  
und Firma: Rich. Schönbert & Co.,  
Weinbühl-Dresden.  
Einschreiben würde sich nicht.

## Moderne Ulster und Paletots

für Herren und Knaben

in höchster Vollendung  
in grösster Auswahl  
zu billigsten Preisen.



**Jackett-, Rock-, Gehrock- und  
Smoking-Anzüge.**

Wundervolle Neuheiten in  
**Knaben-Ulster u. -Anzügen.**

Loden-Joppen,  
Jagd-Anzüge,  
Wirtschafts-Anzüge  
Regen-Mäntel

**Enormes Stofflager**  
für vollendete Mass-Anfertigung.

Hüte, Mützen, Krawatten, Wäsche,  
--- Handschuhe, Schirme. ---

## Endepols & Dunker

Gr. Ulrichstr. 19. HALLE a. S. Ecke Böhlbergasse.

Zur gefälligen Beachtung!  
Unsere Herren- und Knaben-Konfektion ist nicht, wie sonst allgemein üblich, von auswärts  
bezogen, sondern in eigenen Ateliers zugeschnitten und hier am Platze von geschulten  
Schneidern fertiggestellt. Daher unsere ausserordentliche Leistungsfähigkeit u. Preiswürdigkeit.



Über  
**Land u Meer**  
Herausgeber: Rud. Presler  
Vertriebsort: Halle a. S., Gr. Steinstr. 84.

Der neue Jahrgang bringt  
drei grosse Romane von  
**Georg Engel  
Elsbet Dill  
Marg. Siewert**

Artikel, Novellen, Gedichte  
der besten Autoren der Gegen-  
wart. Große farbige und  
schöne Reproduktionen  
bedeutender Kunstwerke.  
Unter der Rubrik

**Kultur der Gegenwart  
eine Enzyklopädie  
des modernen Lebens**

in preisbilligen Bänden erster  
Autoren über Recht und  
Gesellschaft, Erziehung und  
Schule, Frauenfrage, Gesund-  
heitspflege, Literatur, bildende  
Kunst, Architektur, Natur-  
wissenschaften, Kunstgewerbe,  
Technik, Musik, Theater,  
Mode, Sport.

**Moderne, gehaltvolle  
Wochenschrift für das  
deutsche Bürgerhaus.**

Probe-Nummer durch jede  
Buchhandlung, auch direkt von  
der Redaktion bezugsfähig in  
Stuttgart.

Abonnements bei allen Buch-  
handlungen und Postämtern.

**Schwedens- Planos**  
völlig neu sind zum Selbst-  
kostenpreis zu verkaufen.  
H. Liders, Mittelstr. 9-10.

**H. Schnee Nachf.**  
Gr. Steinstr. 84.  
Erstes Spezialgeschäft für gute  
Stempelpapier und Zeitungsverlag.

40jähriger Erfolg!  
**Eau de Quinine**  
antiseptisch  
belebend  
nerventönd.  
Erfrischend.  
**Kräuter-  
Extrakt**  
verhilft den Haarausfall,  
verhindert die Schuppenbildung,  
stärkt den Haarwuchs,  
belebt die Nerven.  
F. M. 1.20, Doppelpf. M. 2.— bei  
Oscar Ballin sen. u. Jun.,  
Parf., Leipzigerstrasse 91 u. 93.

**DAS BESTE  
APENTA**  
OPENER BILDERWASSER



I. Hall. Versicher. g. Ungezielter  
Johannes Meyer, Göbenstr. 18pt.  
Telephon 3418  
Beitrag u. Versicherungsgarantien  
zahlung nach Erfolg.

**Grüne Tanne, Nettleben.**  
Empfehle  
meine  
Lokalitäten zur voll. Benutzung.  
Aug. Schwelmsberg.